



Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Berlins Wirtschaftsminister Harald Wolf bei Unternehmen in Marzahn/Hellersdorf

Inhalt:

Unterwegs	2
In Krakow	
Diskutiert	3
IHK – So nicht!	
Rundum	4
Forschungsprämie für gGmbH	

Die neue LINKE und die Wirtschaft

Unter diesem Motto begann eine neue, vielversprechende Gesprächsrunde in Marzahn-Hellersdorf zwischen Linken und den örtlichen Unternehmern.

Veranstalter ist das »Linke Wirtschaftsforum Marzahn Hellersdorf«, in dem sich aktive Politiker der LINKEN, von Petra Pau, die hier ihren Wahlkreis hat, über die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, Prof. Erika Maier (Initiatorin des Forums), OWUS-Mitglieder und weitere Unternehmer locker zusammen gefunden haben.

»DIE LINKE« in Verbindung mit Wirtschaftspolitik findet ja praktisch gar nicht in den Medien statt, oder wenn überhaupt, stets verbunden mit der Unterstellung, ohne Konzepte populistische, oder noch schlimmer, planwirtschaftliche Forderungen aufzuwerfen. Nun wissen wir alle, die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung sind zwei völlig verschiedene Dinge. Deshalb war es auch keine Überraschung, dass der Einladung nun inzwischen schon zweimal – im Juni und Oktober – immer gut 50 Unternehmer und Selbstständige folgten, um sich authentisch zu den Vorschlägen, Vorstellungen und auch der von Verantwortungsträgern praktizierten Politik zu informieren.

Es ging lebhaft zu, das vorausgeschickt. Im Juni stand noch eine gewisse Selbstfindung im Zentrum der Diskussion – also was diese – »Unternehmerfrühstück« genannten – Veranstaltungen zum Ziel haben sollten. Schnell war Einigkeit hergestellt, dass es nicht um Selbstdarstellung geht, sondern um ganz praktische Fragen, die in konkretes Handeln umgesetzt werden.

Gerade deshalb war es gut, dass anfangs von Petra Pau noch mal eindeutig klargemacht wurde, dass die LINKE nicht nur die Partei der sozial Schwachen, der Rentner und Ossi ist, sondern gerade auch der kleinen Unternehmer, die Ausbildungsplätze bereitstellen, Arbeit sichern und das oft genug mit einer gehörigen Portion Selbstausbeutung betreiben. Klaus Eichler unterstrich unser Selbstbild als linke Unternehmer, die sich nicht als Verlierer, sondern als Gestalter der Wirtschaftsprozesse fühlen. Ganz klar damit dem uns ständig unterstellten Image entgegentretend, die LINKE wolle immer nur verteilen. Gerade wir wollen ganz

bewusst unsere Verantwortung in der Wirtschaft wahrnehmen, allerdings erwarten wir auch die Schaffung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen.

Klar wurde wieder, die Probleme, die kleine Unternehmer haben, sind – unabhängig von der eigenen Affinität zu einer Partei – stets die gleichen, weil die aktuelle Regierungspolitik doch nur auf günstige Entwicklungsbedingungen der Konzerne ausgerichtet ist. Da ist von der LINKEN viel Platz zu besetzen für die Kleinunternehmen. Gerade unter diesem Aspekt erntete unser Mitglied des Wirtschaftsausschusses im Abgeordnetenhaus Carl Wechselberg Kopfschütteln, der zuerst mit einer akzeptablen Liste zu Schwerpunkten der Wirtschaftspolitik unserer Fraktion aufwartete, aber zusammenfassend betonte, die Umsetzung gänzlich ideologiefrei gestalten zu wollen.

Die lebhafte Diskussion fand im Juni ihren Schwerpunkt in der Problematik der Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors in Berlin. Grund genug, diese Frage im Oktober durch unseren Wirtschaftsminister Harald Wolf beantworten zu lassen. Er konnte die Skepsis der Unternehmer, damit Wettbewerbsverzerrungen zu produzieren, nicht ausräumen. Immerhin ist das Bemühen deutlich gemacht, Menschen in Arbeit zu bringen, die sonst kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Bestimmt sind auch einige der Hinweise angekommen, wie die Kollisionen mit dem 1. Arbeitsmarkt möglichst gering gehalten werden. Das Thema, so ist zu vermuten, wird aktuell bleiben.

Abschließend kann man einschätzen, diese Veranstaltungen sind sicher nicht zu denen zu zählen, wo man bereits zufrieden ist, wieder einmal zusammen gesessen zu haben. Hier geht es richtig zur Sache, man hat die Chance, am Problem dran zu bleiben. Deshalb ist es nicht gewagt, eine interessante Januarveranstaltung zu prophezeien, in der es um die verkehrstechnische Anbindung des östlichen Wirtschaftsraumes Richtung Süden geht.

Und die obligatorischen Schmalzstullen und sauren Gurken sind auch nicht zu verachten.

Uwe Zimmermann,

OWUS-Vorstandsmitglied Berlin-Brandenburg e.V.

Oskar kommt ...



... zur OWUS-Jahreshauptversammlung, Freitag, 30. November, 15.00 Uhr, ND-Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Rede des Parteivorsitzenden DIE LINKE, Oskar Lafontaine
3. Rede des Vors. des OWUS-DV, Dr. Diether Dehm
4. Diskussion
5. Schlusswort

Um 12.00 Uhr tagt an gleicher Stelle der erweiterte OWUS-Dachverbandsvorstand.

Im Anschluss der Jahreshauptversammlung findet die Mitgliederversammlung OWUS Berlin-Brandenburg statt.

Die 7. Unternehmerfahrt ging nach Kraków



Zur Fahrt war ein Fotowettbewerb ausgeschrieben. Gewonnen haben ...

1. Platz: Detlef Gerisch



»Deutsch-Polnisches-Freundschaftsfestival«

2. Platz: Ingrid Püschel



»Musizierende polnische Spieler«

3. Platz: Wolfgang Görtz



»lachende OWUS-Mitglieder«

OWUS in Kraków (Teil 1)

Am 21. September war es wieder soweit – die 7. OWUS-Unternehmerfahrt, organisiert von unserem Mitgliedsunternehmen »Touristik und Kontakt international«, begann. 38 Mitglieder unseres Verbandes und Sympathisanten, teilweise mit Partnerinnen bzw. Partner, starteten in Richtung Kraków, der heimlichen Hauptstadt Polens. Nach ca. neun Stunden Busfahrt, dem berühmten OWUS – Busquiz und entsprechenden Staus im Wochenendfeierabendverkehr erreichten wir endlich das ersehnte Ziel. Für viele war es der erste Besuch im »neuen« Polen und alle waren sehr gespannt, wie sich Kraków entwickelt hat in den letzten Jahren. Mein letzter Aufenthalt lag immerhin schon fast 40 Jahre zurück. Der erste optische Eindruck aus dem Busfenster und während der Pause in Wroclaw zeigte uns, dass nahezu alle in Deutschland bekannten Handelsketten in Polen angekommen sind, selbst die »Ich bin doch nicht blöd« – Werbung prangte auf polnisch von den Plakatwänden. Und die schwedischen Toiletten waren zum Glück auch an der gleichen Stelle wie in Waltersdorf und anderen Möbelhäusern. Da es eine Unternehmerfahrt und somit Dienstreise war, führte uns unser erster Weg in Kraków nicht ins Hotel, sondern zur Handelskammer (www.iph.krakow.pl) in der Florianska. Die Vizedirektorin, Frau Iwona Rokita Kwietniak, informierte uns über die politische und wirtschaftliche

Situation Polens, insbesondere in der Wojwodschaft Malopolska (Kleinpolen) mit Kraków als Zentrum. So ging die statistische Arbeitslosenrate in Polen von über 19% 2004 auf 9,6% im September 2007 zurück. Für Kraków wurde mit 4,5% nahezu Vollbeschäftigung festgestellt. Die Ursachen für diesen Rückgang liegen jedoch nicht vorrangig an der Wirtschaftsentwicklung des Landes, sondern in einer Politik der Frühverrentung durch frühere Regierungen (weniger als 45% der über 50jährigen sind in Arbeit) und dem Weggang zahlreicher Erwerbsfähiger in das westliche EU-Ausland. Im Baugewerbe gibt es inzwischen Arbeitskräftemangel, der mit ukrainischen Bauarbeitern abgefangen wird. Das Bruttoinlandsprodukt ist von 1993 – 2007 ständig mit Zuwachsraten über 3% gestiegen und die Inflation konnte von 27,8% im Jahre 1995 auf z.Zt. 1% gesenkt werden. Das Einkommen in Polen liegt mit einem durchschnittlichen monatlichen Bruttolohn von 694 EUR jedoch noch unter dem Niveau der Tschechischen Republik, von Ungarn und der Slowakei. Die Lebenshaltungskosten sollen demgegenüber auf 76% des Niveaus von Berlin liegen. (Fortsetzung folgt)

*Dr. Rolf Sukowski, OWUS Vorstandsmitglied
Unternehmensberatung & Training*

Aufschwung für alle?

Stimmung trübt sich ein, Handeln ist gefragt

Der bisherige Aufschwung kennt nur wenige Gewinner und geht an vielen vorbei. Das betrifft nicht nur Langzeitarbeitslose oder Billiglohnjobber. Im Gegensatz zur exportorientierten Großindustrie haben viele kleine und mittlere Unternehmen, die für den lokalen Markt produzieren, die anziehende Konjunktur erst spät zu spüren bekommen. Einzelne Branchen wie der Einzelhandel liegen immer noch am Boden.

Eine ähnliche Schiefelage der Konjunktur ist künftig zu erwarten. Die gegenwärtige Finanzkrise betrifft kleine und mittlere Unternehmen (KMU) besonders. Mit ihrem tendenziell geringeren Eigenkapital leiden sie unter der restriktiven Kreditvergabe überproportional. Sicher: Es gibt mittelständische Unternehmen, bei denen es brummt. Aber insgesamt geht die Lage von Großunternehmen und KMU immer weiter auseinander. Das letzte KfW-Mittelstandbarometer meldet: Die Stimmung trübt sich weiter ein. Die Geschäftserwartungen sind auf dem niedrigsten Stand seit November 2005.

Also eigentlich Zeit zu handeln für die Politik, um vorbeugend tätig zu werden. DIE LINKE hat dazu in den Beratungen des Haushaltes 2008 verschiedene Anträge eingebracht. So fordern wir, die Gelder der »Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« um 100 Mio. Euro auf knapp 700 Mio. Euro aufzustocken. Mit diesem Fördermittel des Aufbaus Ost wird vorrangig die Gewerbeansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen in strukturschwachen Regionen unterstützt. 85 Prozent der Mittel gehen in die neuen Bundesländer. Im letzten Jahr wurden so über 100.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen. Obwohl der Bedarf an diesem Fördermittel riesig ist – für 2007 wurden mehr als dreimal so viel Mittel beantragt wie bewilligt werden können – lehnt die Große Koalition unseren Antrag im Haushaltsausschuss ab.



Gleiches betrifft unseren Antrag auf Einrichtung eines Handwerkerhilfsfond. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2006 noch über 30.000. Erst jüngst wies der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes wieder auf das anhaltende Problem von schlechter Zahlungsmoral und hoher Insolvenzquote hin. Oftmals spielen

große Auftraggeber ihre stärkere wirtschaftliche Position aus und verweigern die Zahlung erledigter Aufträge. Hier ist die Politik gefordert, muss entsprechende Maßnahmen ergreifen und aus ihrem »Dornröschenschlaf« aufwachen, wie der Handwerkerverbund aus Erfurt fordert. Der Fond dient der Liquiditätssicherung von Klein- und Kleinstunternehmen, die trotz voller Auftragsbücher durch rechtswidrige Handlungen wie Betrug oder Zahlungsverzug in ihrer Existenz bedroht sind.

Die Haushaltsberatungen dieses Jahr haben leider wieder gezeigt: Die Große Koalition bleibt die Antwort auf die Probleme vieler mittelständischer Unternehmen schuldig. DIE LINKE ist also weiter gefragt.

*Sabine Zimmermann,
mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE
im Deutschen Bundestag*

OWUS Sachsen-Anhalt

Wirtschaftspolitik – links von der Kanzler-Agenda

Gleich zwei Mal trafen sich im September Interessierte zu wirtschaftspolitischen Themen im Magdeburger Ladenlokal »Linkskurve«: zum OWUS-Stammtisch und – auf Einladung des Bildungsvereins Elbe-Saale – zum Vortrag über linke Wirtschaftspolitik mit Dr. Joachim Bischoff (Hamburg). Wie immer wurde der Stammtisch von der OWUS-Landesvorsitzenden Iris Gottschalk, selbst freiberufliche Steuerberaterin, moderiert. Wie wichtig mittlerweile linke Unternehmer/innen in der Partei DIE LINKE geworden sind, zeigt sich auch darin, dass Iris Gottschalk jüngst zwei weitere Partei-Ämter übernommen hat. Die stellvertretende OWUS-Dachverbandsvorsitzende ist jetzt auch Mitglied im Stadt- und im Landesvorstand der LINKEN.

Was haben »beide Seiten«, also Partei und Unternehmer/innen, von diesem Engagement? Die Diskussion machte deutlich: Wer wirtschaftliche und soziale Alternativen zur unseligen »Agenda-2010«-Politik der Kanzler/innen Schröder und Merkel gestalten will, braucht ein breites Bündnis von Mitstreiter/innen und Akteuren. Auch in Sachsen-Anhalt gelingt es OWUS mehr und mehr, Unternehmer/innen und Selbstständige, denen sozial verantwortliches Denken nicht abhanden gekommen ist, in eine alternative Wirtschaftspolitik einzubeziehen.

Hans Thomas, LINKE-Stadtvorsitzender von Dessau-Roßlau, hob deshalb in der Diskussion hervor, dass Landesinteressen immer in der jeweiligen Region verankert und mit den regionalen Akteuren gemeinsam formuliert sein müssen. Über gute Erfahrungen des Linke.Unternehmer.Stamm.

Tisches (L.U.S.T.) in Merseburg berichtete Günter Schwab. Gerade dieser regionale Gesprächskreis von kleinen und mittelständischen Unternehmen hat sich als geeignet gezeigt, die »linke Unternehmerseele« zu pflegen.

Iris Gottschalk gab einen Überblick über die für große Kapitalgesellschaften segensvollen Wirkungen der Unternehmensteuerreform, die am 1. Januar in Kraft treten wird. Für kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige wird sie verheerende Wirkungen zeitigen. »Meine Mandanten haben nicht das Problem, Steuern mindern zu können, sie müssen erst einmal stabile Gewinne erzielen«, so Gottschalk wörtlich.

Gemeinsam mit lohnabhängig Beschäftigten sichern Klein-Unternehmer/innen die sogenannte »Gegenfinanzierung« der Steuergeschenke für die Großen und Super-Reichen. Darüber hat OWUS-Magdeburg Ende Oktober weiter diskutiert, sowohl in der Linksfraktion des Landtages als auch beim Merseburger Unternehmenstammtisch L.U.S.T. Thomas Pflüger hatte in der Diskussion angeregt, jetzt nicht übereilt eine Landes-AG der LINKEN zu gründen, sondern zunächst in dieser Merseburger Veranstaltung alle OWUS-Aktiven des Landes Sachsen-Anhalt zusammenzuführen. Dem stimmten alle Anwesenden zu.

Fazit: Der OWUS kommt im Bundesland Sachsen-Anhalt in Bewegung – nun muss er in die Breite und in die Öffentlichkeit.

Dr. Bernd Augustin, OWUS-Mitglied, Sachsen-Anhalt

IHK – so nicht!

Unter diesem Motto diskutierten OWUS-Mitglieder aus drei Landesverbänden auf Einladung der Thüringer in Erfurt das Verhältnis von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu den Industrie- und Handelskammern.

Kai Boeddinghaus, OWUS Hessen und Mitglied der Vollversammlung der IHK Kassel, brachte Beispiele zum Finanzgebaren der IHKs und des DIHK und zum Verhältnis von Zwangsmitgliedschaft und demokratischen Umgangsformen in der IHK. In einem von ihm angestrebten Verfahren vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof geht es darum, gerichtlich überprüfen zu lassen, ob es den IHKs erlaubt ist, sich zu allgemeinen politischen Themen zu äußern. Kai Boeddinghaus vertritt die Auffassung, dass wegen der Zwangsmitgliedschaft der Rahmen, in dem sich die IHK äußert, eng gesteckt sein muss.

In der Diskussion berichteten die OWUS Mitglieder aus Hessen, Niedersachsen und Thüringen über ihre persönlichen Erfahrungen mit den Kammern. Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass es vordergründig nicht um die Abschaffung der IHK geht. Ein »weiter so« kann es jedoch auch nicht geben. Wirksame Reformen des IHK-Systems können nur von außen über die Gesetzgebung oder aber von innen aus der Mitte der Kammermitglieder und insbesondere der Vollversammlungen kommen. Daher gab Kai Boeddinghaus wichtige Impulse, wie auch kleine Betriebe Einfluss auf mehr Demokratie in den IHKs nehmen können. Das beginnt schon bei den Wahlen zu den Vollversammlungen, wo es gilt, die Kandidaten stärker zu



Diskussion mit Kai Boeddinghaus, Rosel Nauhäuser und Gerd Beck (v.r.n.l.)

hinterfragen, als dies bisher meist der Fall ist.

Am Ende der für die Anwesenden sehr interessanten Veranstaltung sprach sich die Vorsitzende des OWUS Thüringen Rosel Neuhäuser dafür aus, den Kontakt unter den Landesverbänden Thüringen, Hessen und Niedersachsen auch künftig zu halten und gegenseitig an Veranstaltungen teilzunehmen. Sie lud die Gäste aus den anderen Landesverbänden bereits herzlich zum Neujahrsempfang nach Thüringen ein.

Gerd Beck, OWUS-Vorstandsmitglied, Thüringen

IHK reformieren

Nachdem das Bundesverfassungsgericht vor einigen Jahren eine Klage gegen die Zwangsmitgliedschaft in der IHK abschlägig beschieden hat, wird die Diskussion wieder stärker im politischen Raum geführt.

Die Fraktion DIE LINKE hat die in der letzten Legislaturperiode von der PDS-Fraktion vertretene Position etwas korrigiert und einen Antrag zur Reform der IHK in den Bundestag eingebracht.

Dieser Antrag beinhaltet u.a.:

- Befreiung von IHK-Beiträgen für Klein- und Kleinbetriebe bis zu 30.000 Euro Gewerbeertrag und grundlegende Reform der Industrie- und Handelskammern
- die qualifizierte Mitbestimmung aller am Wirtschaftsergebnis Beteiligten wird in der IHK eingeführt
- Den IHK ist jeglicher Wettbewerb mit den eigenen Mitgliedern zu untersagen. Ausgenommen sind Informations- und Schulungsveranstaltungen, die von der Privatwirtschaft nicht hinreichend oder qualitativ unzureichend angeboten werden
- Die IHK werden zu umfassender und strikter politischer Neutralität verpflichtet, da grundsätzlich jede Stellungnahme zu politischen Themen die Interessen bestimmter Kammermitglieder verletzen kann.

Der vollständige Antrag »Befreiung von IHK-Beiträgen für Klein- und Kleinbetriebe bis zu 30 000 Euro Gewerbeertrag und grundlegende Reform der Industrie- und Handelskammern«, Drucksachennummer 16/6357, ist nachzulesen im Internet des Bundestages

Termine

Reformen für Gründer – das MoMiG

(Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen)

13.11., 19.00 Uhr

Diskussion/Vortrag
Bolivien:

Zwischen Einheitsgebot
und Bewegungspolitik,
Mit Maria Lohman,
Bildungsreferentin in
Cochabamba/Bolivien

bei SomosSur;
Jaims Jaldin, MAS-Aktivist,
Linz/La Paz;

Thomas Guthmann,
Nachrichtenpool
Lateinamerika,

Haus der Demokratie
und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4,
10405 Berlin

15.11., 18.00 Uhr,

Prof. Dr. Christa Luft und
Ralf Christoffers,

Thema: Wirtschaftlicher
Aufschwung in Deutschland
mit oder ohne Brandenburg?

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg, Dortustraße 53,
14467 Potsdam

16.11., 11.00–16.00 Uhr,

Große Anhörung Ostdeutsch-
land, Expertenanhörung,
Bundestag, Paul-Löbe-Haus,
EuropaSaal

17./18.11.,

Bundestreffen der AG Betrieb
& Gewerkschaft, Hannover

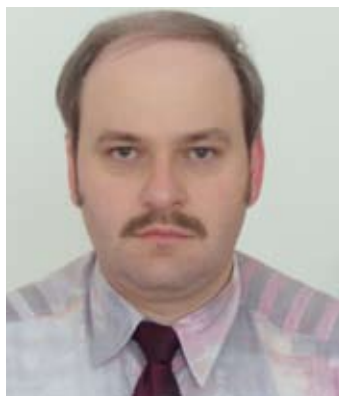
18.11., 10.30 Uhr

Roter Bock mit
Dr. Diether Dehm

Gäste: Emine Özdamar,
Schriftstellerin;
Peter O. Chotjewitz,
Schriftsteller;
Renate Richter,
Schauspielerin,
Café Sybille,
Karl-Marx-Allee 72,
10243 Berlin

19.11., 11.00–16.30 Uhr,

2. bundesweite
Betriebs- und Personalräte-
konferenz der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag,
Frankfurt/Main, Saalbau
Gallus, Frankenallee 111



**Zum aktuellen
Stand der GmbH-
Reform – Teil 2**

b) Einführung eines Mustergesellschaftsvertrags

Für unkomplizierte Standardgründungen (u.a. Bargründung, höchstens drei Gesellschafter) wird ein Mustergesellschaftsvertrag als Anlage zum GmbHG zur Verfügung gestellt. Wird dieses Muster verwendet, ist keine notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages, sondern nur eine öffentliche Beglaubigung der Unterschriften erforderlich, um die Gesellschafter identifizieren zu können. Die Regelungen in dem Mustergesellschaftsvertrag sind einfach und selbsterklärend, so dass keine Beratung und Belehrung durch einen Notar mehr erforderlich ist. Der Mustervertrag wird durch Muster für die Handelsregisteranmeldung flankiert (sog. »Gründungs-Set«). So können sämtliche Schritte bis zur Eintragung in das Handelsregister ohne zwingende rechtliche Beratung bewältigt werden, bleibt aber als freiwillige Möglichkeit.

c) Beschleunigung der Registereintragung

Seit dem 2007 in Kraft getretenen Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) werden die zur Grün-

dung der GmbH erforderlichen Unterlagen grundsätzlich elektronisch beim Registergericht eingereicht, das dann unverzüglich über die Anmeldung entscheiden und die übermittelten Daten unmittelbar in das elektronisch geführte Register übernehmen kann.

Das MoMiG verkürzt die Eintragungszeiten beim Handelsregister weiter:

Bei Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand genehmigungspflichtig ist, wird das Eintragungsverfahren vollständig von der verwaltungsrechtlichen Genehmigung abgekoppelt. Das betrifft zum Beispiel Handwerks- und Restaurantbetriebe oder Bauträger, die eine gewerberechtliche Erlaubnis brauchen. Bislang kann eine solche Gesellschaft nur dann in das Handelsregister eingetragen werden, wenn bereits bei der Anmeldung zur Eintragung die staatliche Genehmigungsurkunde vorliegt (§ 8 Abs. 1 Nr. 6 GmbHG). Zukünftig müssen GmbHs wie Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften keine Genehmigungsurkunden mehr beim Registergericht einreichen.

Vereinfacht wird auch die Gründung von Ein-Personen-GmbHs. Hier wird künftig auf die Stellung besonderer Sicherheitsleistungen (§ 7 Abs. 2 Satz 3, § 19 Abs. 4 GmbHG) verzichtet.

Es wird ausdrücklich klargestellt, dass das Gericht bei der Gründungsprüfung nur dann die Vorlage von Einzahlungsbelegen oder sonstigen Nachweise verlangen kann, wenn es erhebliche Zweifel hat, ob das Kapital ordnungsgemäß aufgebracht wurde. Bei Sacheinlagen wird die Werthaltigkeitskontrolle durch das Registergericht auf die Frage beschränkt, ob eine »nicht unwesentliche« Überbewertung vorliegt. Dies entspricht der Rechtslage bei der Aktiengesellschaft. Nur bei entsprechenden Hinweisen kann damit künftig im Rahmen der Gründungsprüfung eine externe Begutachtung veranlasst werden.

Gerd Beck, Steuerberater, OWUS-Thüringen

Forschungsprämie II

für gemeinnützige Forschungseinrichtungen im Osten

Bislang waren die Forschungs-gGmbH von vielen Geldtöpfen ausgeschlossen. Sie sind weder Hochschulen noch klassische mittelständische Unternehmen, sondern wurden zumeist aus DDR-Kombinaten oder -Hochschulen ausgegliedert und passten somit nicht ins altbundesdeutsche Förderraster.

Seit Oktober können diese »Stiefkinder« auf Forschungsverträge mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) einen Zuschuss beantragen. Dieser beträgt 25 Prozent des Auftragswertes und kann auf maximal 100.000 Euro steigen. Es wurde Zeit, dass dieses schon lange von der LINKEN geforderte Instrument in die Tat umgesetzt ist, denn die Forschungs-gGmbH müssen die im Osten mangels Groß-

unternehmen fehlenden Investitionen in Forschung und Entwicklung ausgleichen. Zu hoffen ist auch, dass mit der Forschungsprämie II die regionalen Netzwerke zwischen Industrieforschung und KMU ausgebaut und letztendlich auch die Wirtschaftskraft der neuen Länder gestärkt wird. Bei gemeinnützigen Forschungseinrichtungen muss der Anteil gewerblicher Tätigkeit unter 50 Prozent des Umsatzes liegen. Sie dürfen nicht gewinnorientiert arbeiten und müssen Forschungsergebnisse öffentlich zugänglich machen. Weitere Infos zur Forschungsprämie II unter www.hightech-strategie.de

Nach einer Pressemitteilung von Dr. Dagmar Enkelmann

Impressum

Herausgeber: OWUS e.V., Vi.S.d.P. Renate Vehlow,
Redaktion: C. Hempel, R. Vehlow
Geschäftsstelle: Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin,
Fon: 030 - 24 009 563, Fax: 03327 - 73 20 90, kontakt@owus.de

Satz/Layout/Druck: typegerecht berlin GbR, Schönhauser Allee 36, KulturBrauerei · Haus 1, 10435 Berlin, 030 - 48 49 62 43
Fotos: Renate Vehlow
Red. Schluss: 31.10.07
Zuschriften können bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.